



Geschäftsbericht 2021

1. Sozialpolitische Schwerpunkte, Vernehmlassungen und Anhörungen

Die Städteinitiative Sozialpolitik engagierte sich im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband in den folgenden Dossiers:

Politik der Frühen Kindheit:

- Inputs für Positionspapier des Städteverbandes.
- Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung. Erarbeitung eines Modellvorschlags der Städte, Anhörung in der WBK-N und in der Subkommission.

Migration, Flüchtlinge:

- Konsolidierung der «Allianz der Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen» und Klärung der Aufgabenteilung zwischen Städteverband, Städteinitiative und Allianz.
- Teilnahme an der Vernehmlassung «Neues Finanzierungssystem Asyl, Ausrichtung von Sprachnachweisen»
- Austausch mit Eidgenössischer Migrationskommission EKM.
- Sozialhilfe und Ausländerrecht: Studie zu «Nichtbezug in der Sozialhilfe» in Auftrag gegeben, zusammen mit Charta Sozialhilfe. Faktenblatt und Argumentationen zu verschiedenen Vorstössen, so zur parlamentarischen Initiative S. Marti «Armut ist kein Verbrechen» und zur angekündigten Revision des Ausländer- und Integrationsgesetzes.

Gesundheitsthemen:

- Anhörung für eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen. Hier traten Städte und Gemeinden geeint für den Einbezug der stationären Langzeitpflege ein.
- Abklärungen zur Verordnung zur Weiterentwicklung IV.

Weitere sozialpolitische Themen:

- Unterstützungsleistungen während der Coronapandemie.
- Modernisierung der schweizerischen Sozialhilfestatistik; Teilnahme in verschiedenen Arbeitsgruppen und Gremien.
- Engagement in der IIZ für eine Übersicht der Sozialversicherungsleistungen für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge.
- Situation der Sans Papiers, Anhörung.

2. Vorstand

Zwei Vorstandsmitglieder traten 2021 von ihren politischen Ämtern zurück und verliessen damit auch den Vorstand der Städteinitiative Sozialpolitik: Antoinette de Weck und Vizepräsident Oscar Tosato.



Oscar Tosato war 20 Jahre als Stadtrat im Amt und seit 2011 im Vorstand der Städteinitiative aktiv. Er konnte oft innovative Projekte präsentieren und sorgte mit Beispielen aus dem Kanton Waadt und der Stadt Lausanne immer wieder für Horizonterweiterungen und für den Brückenschlag zwischen der Deutschschweiz und der Romandie. Bei den Medienkonferenzen zur Sozialhilfe in Schweizer Städten präsentierte er stets eloquent die Daten von Lausanne und ordnete sie in einen grösseren Kontext ein.

Antoinette de Weck war seit 2011 in der Exekutive der Stadt Fribourg und seit 2013 im Vorstand der Städteinitiative Sozialpolitik. Sie zeichnete in ihrer Stadt nicht nur für das Soziale, sondern auch für die Schule und die Frühförderung verantwortlich. Sie war insbesondere für die Bedürfnisse der Kinder sehr engagiert und vertrat die Städteinitiative Sozialpolitik auch auf nationalen Podien.

Die Ersatzwahlen fanden an der Herbstkonferenz 2021 statt; gewählt wurden Émilie Moeschler aus Lausanne und Mirjam Ballmer aus Fribourg.

Am 31. Dezember 2021 setzte sich der Vorstand aus den folgenden Stadträtinnen und Stadträten zusammen:

- Mirjam Ballmer, Fribourg, Grüne, seit 2021
- Nicolas Galladé, Winterthur, Präsident, SP, seit 2010
- Raphael Golta, Zürich, SP, seit 2014
- Martin Merki, Luzern, FDP, seit 2012
- Émilie Moeschler, Lausanne, SP, seit 2021
- Sonja Lüthi, GLP, St. Gallen, seit 2018
- Franziska Teuscher, Grüne, Bern, seit 2013

2021 fanden vier Vorstandssitzungen und eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss der Arbeitsgruppe Leitende Angestellte statt.

Der Vorstand erarbeitete in mehreren Sitzungen das neue Strategiepapier für die kommenden vier Jahre. Das Dokument «Positionen und Strategie 2022 bis 2026» ist [hier](#) zu finden.

3. Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle verantwortete die Planung und Kommunikation der Geschäfte, Konferenzen und Mitgliederversammlungen sowie die Erarbeitung von Positionspapieren und Vernehmlassungen. Als Geschäftsführerin amtierte weiterhin Katharina Rüegg, Winterthur.

4. Arbeitsgruppe und Ausschuss Leitende Angestellte

Auch im Jahr 2021 waren die Sitzungen und Themen der AG LA von Corona geprägt und alle drei Sitzungen mussten schliesslich online durchgeführt werden. Im Januar war die Modernisierung der Sozialhilfestatistik das Thema mit einem Referat von Marc Dubach, Bundesamt für Statistik (BfS). Der Zeithorizont mit Einführung im Jahr 2025 lässt genügend Spielraum für die aktive Mitgestaltung der Basis in Arbeitsgruppen.

Im September gab es einen Input von Markus Kaufmann, SKOS, zu «Entwicklung und Prognosen der Sozialhilfe infolge Covid». Das worst-case-Szenario bezüglich Fallanstieg ist nicht eingetreten. Die vom Bundesrat verordneten Massnahmen im Bereich der vorgelagerten



Systeme zeigten auch 2021 positive Wirkung. Allerdings kristallisierte sich heraus, dass nach Ausschöpfung der subsidiären Leistungen künftig mit einem Fallanstieg zu rechnen ist. Ein weiteres Thema an der September-Sitzung war die Organisation der AG LA im Jahr 2022. Bedingt durch das Ausscheiden von Beat Schmocker und Armin Manser per Ende 2021 hat sich der Ausschuss im Vorfeld mit der künftigen Struktur der AG LA auseinandergesetzt. Die vom Ausschuss nominierten Personen wurden wie folgt in globo gewählt:

Präsidium: Regine Hoffmann, Horgen; Vizepräsidium: Thomas Birchler, Uster; Ausschuss-Mitglieder: Thomas Birchler, Uster; Felix Föhn, Luzern und Sandra Walther, Dietikon; Leitung Gruppe Kennzahlen: Thomas Birchler, Uster. Die bisherigen Mitglieder des Ausschusses AG LA, Ruedi Illes, Basel und Thomas Michel, Biel, bleiben im Amt. Die Geschäftsstelle AG LA wird weiterhin von Trix Gisler, Luzern administriert.

Die letzte Sitzung der AG LA war im Dezember in Bern geplant gewesen, mit gebührender Verabschiedung von Beat und Armin. Leider musste die Sitzung wiederum online stattfinden, die Verabschiedung soll nachgeholt werden. Schwerpunkt der Veranstaltung bildete ein Referat von Doris Egloff, Leiterin Sozialberatung Stadt Winterthur zum «Analyseergebnis zur Falllastsenkung Modell Winterthur». Die Analyse zeigt, dass eine Reduktion der Fallzahlen zu einer erhöhten Integration der Klientel führt. Die damit einhergehende Reduktion der Bezugsdauer von wirtschaftlicher Sozialhilfe und die bessere Erschliessung von subsidiären Leistungen konnte durch die Studie belegt werden. Die mit den neuen Stellen in Winterthur erfolgte Umstrukturierung bot interessanten Diskussionsstoff.

Zum Abschluss hielt Thomas Michel eine Abschiedslaudatio für Armin und Beat und bedankte sich bei den beiden langjährigen Mitgliedern für ihr grossartiges Wirken.

Als Vertreterin der Städteinitiative im European Social Network (ESN) besuchte Sandra Walther das Seminar zum Thema «Resilienz und Kontinuität von Sozialdiensten» in Ljubljana. Das ESN ermöglichte den Sozialdiensten auch eine Diskussion rund um die Coronakrise und der damit einhergehenden Digitalisierung.

5. Kennzahlen Sozialhilfe in Schweizer Städten

Ende Oktober wurde der Kennzahlenbericht 2020 an einer hybriden Medienkonferenz an der Berner Fachhochschule präsentiert. Der Bedarf an Sozialhilfe ist im Durchschnitt von 14 untersuchten Städten gegenüber dem Vorjahr praktisch stabil geblieben. Der befürchtete Anstieg der Sozialhilfefälle aufgrund der Corona-Pandemie blieb in den meisten Städten vorerst aus. Dennoch zeigten sich besorgniserregende Lücken im Sozialsystem: Insbesondere in grösseren Städten gab es lange Schlangen vor Lebensmittelabgabestellen. Von Armut besonders betroffen waren Ausländerinnen und Ausländer, die bei Sozialhilfebezug ihre Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung verlieren können. Der Bericht legte zudem einen Schwerpunkt auf den wiederholten Bezug von Sozialhilfe und stellte fest, dass auch wer sich von der Sozialhilfe lösen kann, oft armutsgefährdet bleibt. Mehr als die Hälfte der Sozialhilfebeziehenden sind wiederholt im Bezug.



6. Netzwerk Romandie

Mit den Konferenzen in Lausanne und Biel war die Städteinitiative dieses Jahr gut in der Romandie vertreten.

Das Pilotprojekt zu den Sozialhilfekennzahlen Romandie, das 2019 zusammen mit der Berner Fachhochschule, Soziale Arbeit, initiiert wurde, wurde 2021 mit den Städten Genf, Lausanne, Biel, La Chaux-de-Fonds, Fribourg, Sion, Neuchâtel, Yverdon-les-Bains und Morges weitergeführt. Der interne Bericht mit den Daten von 2019 enthielt neben den vergleichenden Daten aus der Sozialhilfestatistik auch einen Schwerpunkt zu Wohnen und Mietzinslimiten.

7. Konferenzen

Nach einem Jahr pandemiebedingter Pause konnten unter Einhaltung von Coronamassnahmen wieder Konferenzen vor Ort durchgeführt werden. Die Frühlingskonferenz wurde auch online übertragen, so dass die Teilnahme auch jenen ermöglicht wurde, die nicht nach Lausanne reisten. Der Ratsaal von Lausanne bot einen würdigen Rahmen für die Frühlingskonferenz unter dem Titel «Die sozialen Auswirkungen der Coronapandemie». Die Referate spannten den Bogen von den wirtschaftlichen Folgen von Corona über die Entwicklungen in der Sozialhilfe bis hin zu konkreten Massnahmen der Städte Lausanne und Zürich. Nationalrätin Ada Marra zeigte auf, wie das restriktive Ausländerrecht und das in ihren Worten «paradoxe» Sozialhilferecht dauerhafte Armut befördere, z.B. durch die Rückerstattungspflicht oder die niedrigen Vermögensgrenzen. Den Abschluss der Konferenz machte der Komiker Carlos Henriquez mit einer humoristischen Zusammenfassung des Tages. Er würdigte dabei zugleich die beiden zurücktretenden Vorstandsmitglieder Oscar Tosato (Lausanne) und Antoinette de Weck (Fribourg).

Die Herbstkonferenz vom 29. Oktober war der «Armutsprävention in den Städten» gewidmet und fand in den grosszügigen Räumen des Kongresshauses Biel statt. Die Mitgliederversammlung wählte Émilie Moeschler, Lausanne, als neues Vorstandsmitglied und Vizepräsidentin sowie Mirjam Ballmer aus Fribourg als Vorstandsmitglied.

Das Konferenzprogramm ermöglichte den intensiven Austausch unter den Teilnehmenden; diese Gelegenheit wurde gut genutzt. Nach dem Inputreferat von Dr. Oliver Hümbelin über das Armutsmonitoring als Instrument einer Armutspolitik standen sechs Themenstände zu verschiedenen Aspekten der Prävention zur Wahl, was kleine Gruppen und viel Diskussion ermöglichte. Die Themen umfassten Informationskampagnen aus Genf und Biel, Strategien zur Armutsprävention, online- und Schuldenberatung sowie Erkennen von versteckter Armut.

8. Arbeit in und Zusammenarbeit mit (sozial-)politischen Gremien

Die Städteinitiative ist eine Sektion des Schweizerischen Städteverbands. Die Zusammenarbeit ist sehr eng, namentlich in Kontakten mit der eidgenössischen Politik und Verwaltung.

Aufgrund der Zusammenarbeit mit weiteren (sozial-)politischen Organisationen konnte die Städteinitiative Sozialpolitik ihre Kernanliegen auf Bundesebene wirkungsvoll vertreten. In den folgenden Verbänden und Gremien hatte die Städteinitiative Sozialpolitik Einsitz:

- Vorstand der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen
- Interinstitutionelle Zusammenarbeit (Steuerungsgremium STG, Entwicklungs- und Koordinationsgremium EKG)



- Eidgenössische Migrationskommission EKM
- Nationaler Dialog Sozialpolitik
- Arbeitsgruppe Neustrukturierung Asyl
- Steuergruppe Modernisierung Sozialhilfestatistik
- Charta Sozialhilfe
- Allianz der Städte und Gemeinden für die Aufnahme von Flüchtlingen

Eine gute Zusammenarbeit pflegte die Städteinitiative Sozialpolitik auch mit der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe, dem Schweizerischen Gemeindeverband sowie dem Schweizerischen Arbeitgeberverband.

Die inzwischen jährlich stattfindende gemeinsame Veranstaltung von SKOS und Städteinitiative Sozialpolitik wurde im Juni 2021 zum Thema «Selbständigerwerbende in der Sozialhilfe» als Webinar durchgeführt. Die Erwerbsmöglichkeiten von Selbständigen wurden während der Corona-Pandemie zum Teil stark eingeschränkt. Die Sozialdienste verzeichnen eine wachsende Zahl an Anfragen von Selbständigerwerbenden. Diese haben andere Fragestellungen als die meisten von der Sozialhilfe unterstützten Personen und stellen die Sozialhilfe vor einige Herausforderungen.

9. Mitgliederbestand 2021

Total Mitglieder per 31.12.2021:	57
Total Eintritte:	0
Total Austritte:	0

Allen Personen, die sich in irgendeiner Form für die Anliegen der Städteinitiative Sozialpolitik eingesetzt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Für die Städteinitiative Sozialpolitik: Katharina Rüegg, Geschäftsführerin

Winterthur, Ende März 2022